

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 36 mm breite Zeile kostet 0,50 Goldmark für 100mal, die 24 mm breite 0,35 Goldmark für 100mal, für den Ausland für 2,00 Goldmark. Die Druckgebühr für Buchstaben beträgt 0,10 Goldmark. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewehr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Post, für den Monat 2 G. Post, für den Vierteljahr 5 G. Post, für den halben Jahr 10 G. Post, für den Jahr 20 G. Post. Einzelnummer 10 G. Pfennig.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7981, 2 7982, 2 7983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach Dresden 2060

Nr 260

Mittwoch, 5. November 1924

XXXII. Jahrgang

Wahltag in Amerika

Wiedertwahl von Coolidge wahrscheinlich — Nachrichten über einen großen französisch-deutschen Stahlkristall — Bevorstehende Freilassung des Generals v. Nathusius?

Ein europäischer Wirtschaftskrieg?

Schwere englische Bedenken
London, 4. November. (Durch Funkdruck.) „Times“ besorgen sich, ebenso wie andere Blätter, heute auch mit den in der deutschen und französischen Presse erschienenen Berichten über angebliche Verhandlungen zur Schaffung eines französisch-deutschen Stahlkristalls. Die „Times“ legen dar, obgleich keine Angaben darüber vorhanden seien, daß England an einer solchen Kombination sofort teilnehmen werde, so folge daraus doch nicht, daß es sich nicht später an dem Trade beteiligen werde. Die amerikanische Produktion von Stahl sei sehr viel größer als die europäische. Wenn ein großer kontinentaler Stahlkristall gebildet würde, an dem England nicht beteiligt ist, so würden sich die britischen Eisen- und Stahlindustrien zwei großen Konkurrenten im Weltmarkt gegenübersehen.
„Morning Post“ fordert dringend die Regierung des Problems der britischen Beziehungen zu Frankreich, da der Gedanke, daß Frankreich kaum werden werde, die sich England entziehen kann, wie seine kontinentale Politik sein soll, abzuwehren. Eine kontinentale Kombination gegen Großbritannien sei seit der Zeit Napoleons immer der Mibstand der britischen Diplomatie gewesen. Der Schatten über der britischen Konkurrenz sei das Problem der französisch-deutschen Handelsbeziehungen gewesen. Wenn deutsch-französische politische Vereinbarungen erzielt würden, so würde das wirtschaftliche Prestige Großbritanniens für eine Generation zerstört sein. Die Aufgabe, vor die Politik mit seiner neuen Regierung gestellt werde, sei, daß Frankreich es sich nicht leisten könne, länger zu warten. Frankreich habe, abgesehen von seinen Beziehungen zu kleineren Staaten, allein in Europa, Frankreich könne es sich jedoch nicht leisten, allein zu stehen. Entweder müsse es mit Frankreich, allein zu stehen, die auf der anderen Seite ihre Rüstungsmittel (7). „Morning Post“ fragt, ob Großbritannien bereit sei, es durch ein besonderes Abkommen mit Frankreich oder in irgend einer anderen Weise, die die britische Regierung für ratsam halte, zum Verkauf zu bringen zu lassen. Das Blatt schließt mit der Bemerkung, es sei so, als ob eine Antwort darauf innerhalb der nächsten zwei Wochen erteilt werden müßte.

Ein heißes Dementi

Paris, 4. November. Das Komitee des Kongresses erklärte heute, daß die Nachricht von der Bildung eines Abkommens zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Schwereindustrie jeder Wendung entgegenstehe. Neben die Tatsache, daß Verhandlungen im Gange sind, schweigt sich das Komitee bemerkenswerter aus.

Um den deutsch-italienischen Handelsvertrag

Die Ernennung der deutschen und der italienischen Delegationen

Vom 1. November
Nach der offiziellen „Agenzia Wolff“ steht die Ernennung der deutschen und der italienischen Delegationen für die Handelsvertragsverhandlungen unmittelbar bevor. Wie in erster Linie dürfte der erste und wichtigste Teil der Verhandlungen die Frage der Reichsbeschränkungsabläufe betreffen. Ob die Italiener in diesem Punkte Intentionen haben, ist noch nicht mit Bestimmtheit voranzufahren. Jedenfalls dürfte der deutsche Kampf sehr leicht sein. Trotzdem ist ein gewisser Optimismus in italienischen Kreisen nicht zu verkennen. Von größter Bedeutung ist die Stellungnahme der einzelnen italienischen Produzenten-Gruppen. So ist es vor allem zwischen den Vertretern der Landwirtschaft und denen der Industrie noch nicht zu der erwarteten Einigung gekommen. Nicht ohne Einfluß auf die Verhandlungen dürfte ferner die Räumung wachsender Krise in italienischen Weinbau sein, die durch die zahlreichen, rein internen Maßnahmen der italienischen Regierung kaum mehr zu beheben ist und offenbar nur durch die Eröffnung großer ausländischer Absatzgebiete entscheidend gemildert werden kann.

Ratowski in Paris

Telegramm eines Korrespondenten
Paris, 4. November. Ratowski wird aus London heute hier erwartet, um hier mit der französischen Regierung Verhandlungen über die Einberufung der französisch-deutschen Konferenz zu führen. Ratowski wird hier drei Tage bleiben und dann nach London zurückkehren, wo er mit dem deutschen Offizier über einige Punkte des deutsch-französischen Handelsvertrags verhandeln wird.

Die Wahlausichten der Kandidaten

Die entscheidenden Stimmen der Weger

Sonderkablendienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

New-York, 4. November. (Durch United Press.) Gestern Abend sind die letzten Reden im Wahlkampf gehalten worden. Coolidge und Davis wandten sich durch den Radio an die ganze Nation, während La Follette, Bryan, Dames und Wheeler sich darauf beschränkten, ihre letzten Reden in ihren Wohnorten zu halten. Die Präsidentenwahl des Jahres 1924 dreht sich in der Hauptsache um die Person der drei Kandidaten. Die Programme sind eigentlich zu kurz, um eine Rolle zu spielen. Aber auch andere Faktoren haben daran mitgewirkt, eine unklare Situation zu schaffen, die in vielen Punkten nicht ungleich der durch die Kandidatur Wilsons, Roosevelt und La Follette im Jahre 1912 hervorgerufenen ist. Andere Faktoren, die eine Fortsetzung des Nominationskampfes so kurz vor der Wahl absolut unmöglich machen, sind der Russ-Explosion, die Unmöglichkeit über die weiblichen Stimmen bei der Wahl und die Unmöglichkeit der Stimmenabgabe der Arbeiter von La Follette, besonders nach dem in der allerletzten Zeit angezeigten Zielsetzungen. Außerdem spielt die Frage der Prohibition besonders in den Südstaaten noch eine Rolle.

Die Kandidatur Roosevelts ist in Wahrheit von der Bewegung Roosevelts im Jahre 1912 herabzuführen. Während Roosevelts Kandidatur eine Spaltung der republikanischen Partei während der Wahl herbeiführte, hat in das Amtieren Roosevelts der endgültige Protest des radikalen Elements der ganzen Nation, der den Reim zur Bildung einer dritten, neuorganisierten Partei in sich schließt. Die hervorstechendsten Programmpunkte der verschiedenen Kandidaten in diesem Wahlkampf waren: Coolidge propagierte einen radikalen Konstitutionalismus gegen den beginnenden Sozialismus; Davis setzte sich für „schlichte Regierung“ und für eine Verabschaffung der Prohibition ein, während La Follette radikale Reformen in der Landwirtschaft gegen die Korruption und gegen die Monopolstellung Wall Street richtete.

Die augenfälligste Schwäche dieses Programms ist die Ursache des Hervorkommens der Persönlichkeit in diesem Wahlkampf gewesen. Die Stärke Coolidges auf verlässlichem Gebiet liegt in seiner langjährigen Erfahrung in der Verwaltung und in seinem bewährten psychologischen Blick. Seine Reden sind in der Regel voll von Plausibilitäten, haben aber auf der anderen Seite durch ihre vorsichtige Formulierung den Eindruck hervorgerufen, daß er „sicher“ ist. Davis ist ein Gegenstück Coolidges. Er ist energiegelicht, dynamisch und geschäftig, er magt aber solcher Qualitäten, die zur Erregung von Popularität in Amerika unerlässlich sind. La Follette wiederum vertritt ganz ausgeglichene, Eindruck auf die Massen zu machen, und ist ein meisterhafter Politiker, der außerdem die reinste Vergnügenheit anzuweisen hat. Eigenschaften, die ihm viel haben, sind seine Macht zu überreden und seine Ungeduld.

Die bestimmenden Faktoren

Sonderkablendienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

New-York, 4. November. (Durch United Press.) Heute wird in den Vereinigten Staaten gewählt. Die Wahlen bestimmen die Lage an der Börse vollkommen. Auch die letzte Phase des Wahlkampfes wird durch den wirtschaftlichen Gesichtspunkt ausstrahlt.
Als der Wahlkampf begann, waren es in der Hauptsache drei Faktoren, die bestimmt schienen, eine entscheidende Rolle zu spielen und den Gang der Wahl zu beeinflussen. Diese drei Faktoren waren: erstens die Verhältnisse in den Kreditmärkten, die La Follette Kandidatur begünstigten, zweitens die ungewisse wirtschaftliche Lage in den europäischen Staaten, die eine stärkere Aufnahme der Wahlpropaganda der Demokraten, die sich für größere Anteilnahme an europäischen Drogen sowie eine Verabschaffung der Zölle einsetzten, vordrängen ließ, und drittens die Stärke der amerikanischen Industrie und Finanz im Grunde, die naturgemäß der am Ende bestmöglichen Vorteil zugute kommen müßte.

Die höheren Getreidepreise der letzten Wochen haben das Verhältnis in den Kreditmärkten wesentlich zugunsten der Republikaner geändert. Den demokratischen Wahlparolen gegenüber ist die Stellung der Republikaner wesentlich durch den Erfolg der deutschen Wahlen gebessert worden, da die Öffentlichkeit die Kautschuk als den Anfang eines Wiederaufbaus

Europas ansieht und somit die von den Demokraten propagierte Erleichterung und Abschwächung der Zolltarife nicht mehr so wesentlich ins Gewicht fällt.
Auch die in der letzten Zeit veröffentlichten Statistiken, die starkes Anwachsen des Außenhandels zeigten, haben nicht wenig dazu beigetragen, die Stellung der Republikaner zu stärken, da sie damit in der Lage waren, die Möglichkeit ihrer Politik für das Land zu beweisen. Sie nahmen auch für sich in Anspruch, daß die aus den verschiedenen Statistiken zu ersehende Verbesserung des Handels, der Wirtschaft in den Exportländern, immer deutlicher, und bis auf die schwer festzuhaltende wahrscheinlichste Wahlteilnahme ergibt sich bereits ein ziemlich klares Bild. Nur eine Gruppe ist noch in Zweifel geblieben, der „dunkle“ Wähler Amerikas, der Weger.

Der Weger, der das amerikanische Bürgerrecht besitzt, hat, wie jeder Bürger, das Wahlrecht. Aber, und auch dies ist ein „dunkler Punkt“ in dieser Angelegenheit, in den vielen Südstaaten, wo die weißen Weger wohnen, macht kein Weger von diesem Wahlrecht Gebrauch, weil ihm von der weißen Bevölkerung in nicht mahnender Weise nahegelegt worden ist, daß er besser daran tut, sich nicht einen Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung anzumachen. Nun hat aber in der letzten Zeit eine starke Wegerabwanderung aus den Südstaaten nach den nördlichen Industriezentren stattgefunden.

Im Norden haben die Weger ihr Wahlrecht ausüben dürfen, und dort haben sie auch stets ihre Stimme für den republikanischen Kandidaten abgegeben. Die republikanische Regierung hat es auch im letzten Jahre nicht an Versuchen fehlen lassen, sich das Wohlwollen der Weger zu erhalten; so hat sie eine Regierungskommission ernannt, um die Verhältnisse auf den Agrarflächen zu untersuchen, sie sandte einen schwarzen Spezialvertreter zur Begrüßung des neugewählten Präsidenten von Liberia und Präsident Harding ernannte sogar einen Weger zum Vizepräsidenten in New-Orleans. Und doch ist dies alles vielleicht verlorenes Liebesmühen.

Seit dem Ertrage ist das Selbstgefühl der schwarzen Masse außerordentlich gestiegen, und die Weger hatten von dem republikanischen Kandidaten erwartet, daß er offen Stellung nehmen würde gegen den Russ-Explosion, die große unterirdische Geheimorganisation. Da Coolidge dies unterlassen hat — eine solche Stellungnahme hätte ihm zumal Empathien in den Südstaaten verschafft —, ist man in Wegerkreisen der Ansicht, daß das Interesse der Republikaner für die schwarze Bevölkerung platonisch ist. Sollten die zwei Millionen Weger, die in Frage kommen, ihre Stimmen gegen Coolidge in die Waagschale werfen, so dürften sie das Wahlergebnis in den Staaten Ohio, Illinois, Indiana, New-York und Massachusetts maßgebend beeinflussen und letzten Endes damit das endgültige Wahlergebnis. Und damit würde der schwarze Mann die Wahl des „großen weißen Baisers“ entscheiden.

Wu Pei-fu auf der Flucht

Telegramm eines Korrespondenten
Paris, 4. November. Der „Welt Posten“ meldet aus Peking: Wu Pei-fu hat sich nach Tientsin eingeschifft. Man glaubt, seine Truppen plündern die chinesischen Provinzen von Tientsin. Tschang Tsaiin wird in Peking erwartet.

Friedensverhandlungen?

London, 4. November. (Wiener Telegraph.) Zwischen General Fung und Wu Pei-fu sollen Friedensverhandlungen im Gange sein, die zu einem Waffenstillstand geführt haben sollen.

Konferenz der Kaiser Koedinas

London, 4. November. Die „Times“ berichten aus Omsk, halbamtlich werde aus Rangun mitgeteilt, daß die Kaiser in dieser Woche nach Peking reisen werde, um mit den Kaiser von Korea zu beraten. Es werde eine Nationalkonferenz aller Stämme der Bevölkerung mit dem Ziel der Wiedervereinigung des Landes einberufen.

Rußland und Frankreich

Von Ministerpräsident Eduard Herriot

Paris, 1. November
Die in Paris erscheinende Monatschrift „Pour et Contre“ veröffentlicht vor einiger Zeit eine Rundfrage über die Beziehungen Frankreich zu Sowjetrußland. Eduard Herriot bestreite die nachstehende Antwort zur Verfügung. Die Beziehungen des Ministerpräsidenten läßt sich entnehmen, daß er grundsätzlich nicht die Ansicht vertritt, die Anerkennung der russischen Sowjets auszulassen. Die Redaktion.
Die russische Republik ist unter Schmerzen geboren worden; aber sie lebt.
Der Augenblick ist gekommen, sich auf soziale Weise auszupressen und dann zu handeln. Zunächst einmal sich loyal auszusprechen. Wenn Europa in auf Rußland angewiesen, auf seine Produktion, deren Ausfall schwer auf unsere Lebensbedingungen gelastet hat. Die Interventionen waren Dummheiten — um nicht mehr zu sagen — und die Blockade nichts anderes. Denn Rußland hat Hilfe nötig. Um seine Wiedergeburt zu beschleunigen; nur dafür wird Kraftin laagen. Die Zukunft wird das zeigen.
Für den Augenblick kann Rußland seinen Wirtschaftsmechanismus ohne die Hilfe Europas nicht in Gang bringen. Die Aufgabe der Menschen, die guten Willens sind (wir hätten und auch darunter), wird sich um so leichter gehalten, da ja auch Rußland unserer Lage Verständnis entgegenbringt. Wenn Frankreich auf immer verlore, was es in früheren Jahren Rußland anvertraut hat, wenn die französischen Inhaber von russischen Wertpapieren ihre Guthaben nicht wieder zurückbekommen, wie könnte Rußland bei uns wieder Kredit erhalten? Nebenbei gesagt: diese Situation sehr gut. Und wenn sie nicht besser werden sollten, so wären diejenigen unter uns, die selbstlos den Versuch einer Annäherung machen, sie darüber aufklären.
Man glaube nicht, daß die Ersparnisse in ganz Europa, vor allem aber in Frankreich, begierig auf eine Kapitalanlage seien. Sie finden nur so leicht Verwendung zur Befriedigung der nationalen Bedürfnisse, zur Wiederaufnahme des Lebens, das der Krieg angetrieben hat, oder in kolonialen Unternehmungen. Nach dem Auslande Geld anzuflehen und sich bei den Schuldnern noch tief zu bedanken — das ist ein Sport, an dem der Franose, so nativ er früher war, jedes Interesse verloren hat.
Man muß also haben und drücken zum Handeln. Um zu Werke zu gehen, müssen wir und erst die Hilfsmittel schaffen. Man soll eine Frage, die an sich schon schwierig ist, nicht noch zwecklos weiter komplizieren. Stehen wir also Rußland bei den internationalen Verhandlungen in den Fragen, in denen es recht hat, besonders in den Orientfragen, nicht vor den Kopf. Es ist zu hoffen, daß Frankreich in diesem Punkte sich als die liberale, die mutige und die schärfste Nation erweise. Nichtieren heißt nicht zum Weichen neigen sein.
Wir müssen auch so schnell als möglich eine französische Delegation nach Moskau senden und eine russische Delegation in Paris empfangen. Es handelt sich vorläufig weder darum, das beräthliche Problem der De-jure-Anerkennung zu lösen, noch darum, es auch nur anzuschneiden. Das wird einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben. Es handelt sich heute darum, Frankreich, das hinter den anderen Nationen zurückgefallen ist, auf die gleiche Stufe zu stellen wie Deutschland, England, Italien, die Tschechoslowakei, Polen, Amerika und Persien. Die alle ihre Vertreter in Moskau haben und daraus ihre Vorteile ziehen.
Ich verlange von meinem Lande nicht eine Jutillimie, aber die man verschiedener Meinung sein kann, sondern nur das Ende einer bedauerlichen Ungleichheit. Ich möchte, daß diese Delegation nach Moskau nicht, dort unsere Wirtschafts-Verhältnisse erweitert und Finanzdienste die praktische Regierung der Schuldenfrage vorbereiten. Sie soll aber auch Intellektuellen den Weg nach Rußland freimachen, denn das russische Volk hat großes Verlangen nach Ideen, nach unsern Ideen. Man wird mit ihm nur in Beziehung treten können, wenn man sich an sein Herz und an seinen Geist wendet. Diese Delegation soll an ihrer Spitze zum mindesten einen Konflikt haben, einen Funktionär, der die öffentliche Macht vertritt, der persönlich interessiert und tätig ist, sich um gewöhnen, etwas zu fordern, wenn es nötig ist, und seiner Regierung Bericht zu erstatten. Man müßte ihm auch gute Verbindungen liefern und die modernen telephonischen und telegraphischen Verkehrsmittel zur Verfügung stellen. Schreiben sie mir auch nach dem Empfang. Ich